

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen

am **21.11.2011** um **18.30 Uhr**

- 1. Vorsitzender:** Bürgermeister Martin Büchner
2. Gemeinderäte: Thomas Böllinger, Daniel Born (ab 19.16 Uhr), Peter Börzel, Helmut Brand, Jasmine Brand, Peter Brand, Florian Häfele, Margareta Hartkorn, Peter Hoffmann, Norbert Horn, Brigitte Klee, Thorsten Koch, Katharina Kormann, Raimund Kraus, Tatjana Lindemann, Werner Most, Heinz Nagel, Peter Prestel, Karsten Rausch, Karl Riegel, Hans Strubel, Margit Zieger, Thomas Zieger
3. Beamte, Beschäftigte usw.: Josef Maier, Ute Zeller
Dominic Sievert als Protokollführer

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Verhandlung durch Ladung vom 10.11.2011 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;

Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 18.11.2011 ortsüblich bekannt gegeben worden sind;

Das Kollegium beschlussfähig ist, weil 24 Mitglieder anwesend sind.

Es fehlten als beurlaubt:

Frank Baumann

nicht beurlaubt oder aus anderen Gründen:

--

als Urkundspersonen wurden ernannt:

Tatjana Lindemann, Karsten Rausch

Hierauf wurde in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte eingetreten und folgendes beschlossen:

Protokoll zur Sitzungsvorlage der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen		
Gremium: Gemeinderat		Sitzungstag: 21.11.2011
TOP Nr.: 1	öffentlich	DS-Nr. GR102/2011
Fachamt: Büro des Bürgermeisters		zur Beschlussfassung
Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 24.10.2011 gefassten Gemeinderatsbeschlüsse		

Der Gemeinderat fasste in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 24.10.2011 folgende Beschlüsse:

1. Der Gemeinderat lehnte einen Verkauf von Pferdeweiden ab.
2. Der Gemeinderat lehnt derzeit eine finanzielle Unterstützung für ein Projekt ab.

Diese Beschlüsse werden gemäß § 35 Abs. 1 GemO bekannt gegeben und zwar in der in diesem Paragraphen vorgeschriebenen Form, d.h. ohne Abstimmungsergebnis und ohne Bekanntgabe des Verlaufs.

Protokoll zur Sitzungsvorlage der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen			
Gremium: Gemeinderat		Sitzungstag: 21.11.2011	
TOP Nr.: 2	öffentlich	DS-Nr. GR103/2011	
Fachamt: Rechnungsamt		zur Beschlussfassung	
Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung für das Jahr 2012, des Entwurfs des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2012, des Entwurfs des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung für das Jahr 2012 sowie des Entwurfs des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Photovoltaik für das Jahr 2012			

Beratung:

Bürgermeister Büchner erläutert die Sitzungsvorlage und hält seine Haushaltsrede für den Haushalt 2012. Anschließend lässt er die Fraktionen ohne Stellungnahmen abstimmen. Die Haushaltsrede ist nachstehend abgedruckt.

**Rede
zur Einbringung
des Haushalts für das Jahr 2012**

Bürgermeister Martin Büchner



(es gilt das gesprochene Wort)

Inhaltverzeichnis

Allgemeines	5
Wirtschaftliche Entwicklung	6
Rückblick Haushaltsjahr 2011	8
Gesamthaushaltsvolumen	8
Verwaltungshaushalt	8
Personalkosten	9
Unterhaltung der Grundstücke	10
Bewirtschaftungskosten der Grundstücke	11
Bürobedarf	12
Sachverständigen und Gerichtskosten	13
Datenverarbeitung	14
Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Oberhausen – Rheinhausen	15
Sonstige Entwicklungen in der Gemeinde	16
Vermögenshaushalt	17
Ausgaben Vermögenshaushalt	17
Einnahmen Vermögenshaushalt	18
Eigenbetrieb Wasser	19
Eigenbetrieb Abwasser	19
Eigenbetrieb Photovoltaik	20



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

regelmäßig in der Novembersitzung des Gemeinderates bringt der Bürgermeister den Entwurf des Haushaltsplans für das folgende Jahr ein, der dann in einer gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse vorberaten wird, bevor es in der Dezembersitzung zur Beschlussfassung kommt.

Allgemeines

Der Entwurf der Gemeindeverwaltung beinhaltet dabei Vorschläge an den Gemeinderat, welche konkreten Maßnahmen angegangen werden sollen, die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr und den darauf folgenden drei Jahren sowie die Anzahl der in der Gemeinde Beschäftigten. In zahlreichen Stunden haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung die Zahlen zusammengetragen und in den Haushaltsplan eingestellt. Das Königsrecht des Gemeinderates ist es nun, diese eingebrachten Zahlen zu verändern, andere Schwerpunkte zu setzen und damit dem Willen der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde noch stärkeren Nachdruck zu verleihen, als dies der Gemeindeverwaltung in ihrer Arbeit gelungen ist. Beschränkt wird er dabei lediglich von gesetzlichen Vorgaben, die selbstverständlich einzuhalten sind. Hinzu kommen sollte noch ein wirtschaftlicher Weitblick für dessen Grundlage seitens der Gemeinde bereits Zahlen für die kommenden Haushaltsjahre mitgeteilt werden.

Dies liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,
ist das Geheimnis eines Haushaltsplans der Gemeinde. Er ist das Abbild des Wunsches und der Vorstellung der Mehrheit des Rates oder wie in unserer Gemeinde aller Gemeinderäte, zumindest in den zurückliegenden Jahren. Wir haben darüber hinaus den Idealfall erreicht, dass sowohl Rat als auch Verwaltung immer einer Meinung sind. Denn auch ich habe für die Gemeindeverwaltung mit einer Ausnahme immer dem vom Gemeinderat mehrheitlich ausgesprochenen Wünschen zugestimmt. Ich möchte mit diesen Aussagen meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass wir auch für das Haushaltsjahr 2012 diese Tradition fortsetzen werden.

Was so einfach und einstimmig klingt, kann jedoch im Einzelfall erheblichen Diskussionsbedarf beinhalten. Und was ohne wirtschaftlichen Weitblick beschlossen wird, kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass der in einem Haushaltsplan mit Nachdruck vertretene Wille der Einwohner und Einwohnerinnen in den kommenden Jahren zu solchen finanziellen Engpässen führt, dass ein vernünftiges Wirtschaften nicht mehr möglich ist. Für die Kommunen ist dabei die Ausgabengrenze wesentlich enger als bei Staaten, bedingt dadurch, dass die politisch Verantwortlichen in den Gesetzgebungsorganen von Bund und Land entsprechend klare Regelungen erlassen haben, die den wirtschaftlichen Kollaps der Gemeinden verhindern sollen. Und dennoch gibt es Kommunen in unserem Land deren Verschuldung pro Kopf wesentlich höher ist als in Griechenland und Rettungsschirme werden nicht nur über Staaten gespannt sondern auch über Kommunen, wie z.B. der Kommunale Entschuldungsfond des Landes Rheinland Pfalz.

Auf Grund einer sparsamen an den eigenen Möglichkeiten ausgerichteten Ausgabenpolitik in der Vergangenheit zählt unsere Gemeinde zu den wenigen Kommunen in Deutschland, deren Gemeindehaushalt ohne Darlehen auskommt und dies bereits seit dem Jahre 2003. Auch der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans sieht für 2012 keine Aufnahme von Krediten vor, auch wenn die Decke, die uns zur Verfügung steht, immer dünner wird. Die Gemeindeverwaltung ist jedoch bemüht, auch in den kommenden Haushaltsjahren die Aufnahme von Fremdmitteln zu vermeiden. Dies ist jedoch kein Selbstzweck, wie bereits aus den Reihen des Gemeinderatsgremiums angemahnt wurde. **Es ist vielmehr die Voraussetzung dafür, den ohnehin bereits stark eingeschränkten Handlungsspielraum des Gremiums zu erhalten.**

Jede Ausgabe für Zinsen führt zu einer Einschränkung der Ausgaben für Schulen, Kindergärten, Gebäude- und Straßenunterhaltung etc., da der von uns in den zurückliegenden Jahren erzielte Überschuss bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben nicht gerade üppig ausfiel bzw. einen negativen Saldo auswies. Insoweit sind wir gut beraten, wenn wir auch in den kommenden Jahren für den Ausgleich des Gemeindehaushalts von der Aufnahme von Krediten absehen. Ob uns dies bei gleichzeitigem Erhalt der Infrastruktur und der Substanz der gemeindlichen Einrichtungen gelingt, hängt entscheidend von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ab. Und diese wiederum richtet sich nach der allgemeinen Konjunkturlage in Europa und in der Welt insbesondere in den USA und Asien. Darauf haben wir alle nur sehr wenig Einfluss, wie uns der drastische Einbruch unserer Einnahmen im Jahre 2009 deutlich vor Augen geführt hat.

Noch einmal zur Erinnerung:

Der Haushaltsplanentwurf 2009 ging unter dem Ansatz der Vorgaben des Landes Baden-Württemberg zu den erwartenden Zuweisungen an die Gemeinden von einem Überschuss bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben von 736.050,00 € aus. Tatsächlich erwirtschafteten wir jedoch ein Minus von ca. 230.000,00 €. Dass dies mehr oder weniger geräuschlos an uns vorübergegangen ist, verdanken wir alleine der Tatsache, dass wir in besseren Jahren für solche Fälle vorgesorgt haben.

Wirtschaftliche Entwicklung

Seither hat sich die deutsche Wirtschaft von der Wirtschafts- und Finanzkrise außerordentlich schnell erholt. Ausgehend von einem Rückgang der Einnahmenseite von 15% wird für 2012 wieder von einer zu verteilenden Masse von 4,5 Milliarden Euro für das Jahr 2012 ausgegangen, was in etwa dem Vorkrisenjahr 2008 entspricht. Damit ist jedoch tatsächlich nicht der Stand von 2008 erreicht, denn die Ausgabenseite ist in den zurückliegenden Jahren bei den Kommunen ebenfalls angestiegen, wie sich dies z.B. in den Personalkosten bzw. den Sozialausgaben, die von der Gemeinde über die Kreisumlage mitgetragen werden, bemerkbar macht.

Zukünftig sollen sich die Finanzen für die Gemeinden weiterhin verbessern, so sieht es zumindest die Novembersteuerschätzung für Bund, Länder und Kommunen vor. Auch wenn niemand mit völliger Sicherheit sagen kann, ob dies tatsächlich so eintreffen wird, so lohnt sich dennoch ein Blick auf die Zahlen, die für die mittelfristige Finanzplanung der Gemeinde zu Grunde zu legen sind. Jeder für sich kann danach selbst eine Beurteilung treffen, ob tatsächlich alles so oder zumindest so ähnlich eintreffen wird.

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wird nach der Prognose von 4,23 Milliarden im Jahre 2011 auf ca. 5,6 Milliarden im Jahre 2016 anwachsen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Steigerung von ca. 6% pro Jahr. Bei einer gleichbleibenden Anzahl von Beschäftigten setzt dies eine kräftige jährliche Lohnsteigerung jedes Einzelnen von uns voraus. Nicht berücksichtigt ist bei dieser Steuerschätzung die Abschaffung der kalten Progression, die den Steuerzahler um jährlich 6 bis 7 Milliarden Euro entlasten soll.

Hinweis: Bundesweit sollen die Einnahmen aus der Einkommenssteuer nach der derzeitigen Schätzung von 138 Milliarden im Jahre 2012 auf 145 Milliarden im Jahr 2013 ansteigen, dies entspricht beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer einem Anstieg von 28,1 Milliarden auf 29,9 Milliarden Euro. Bei Abschaffung der kalten Progression und einer Entlastung von 6 Milliarden ist im Jahre 2013 noch mit Einnahmen von 139 Milliarden zu rechnen. Werden die Mehrzuweisungen an die Gemeinden dann die gestiegenen Personalkosten noch abdecken??

Erreichbar ist diese Annahme ohnehin nur, wenn zukünftig mehr Menschen einer bezahlten Arbeit nachgehen. Dies hängt von einer weiteren positiven Konjunktorentwicklung ab. Das Bundesfinanzministerium geht von einem nominalen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für die Folgejahre nach 2012 von 2,9 % (real 1,6%; Hinweis: Wachstum bereinigt von Inflationseinflüssen) aus. (Quelle: Pressemitteilung 46/2011).

Auch dies sollte man bei einer Beurteilung der Zahlen und seinen Überlegungen für die Zukunft wissen.

Und noch eine Zahl bei den Steuerschätzungen sollte besonders beachtet werden, wenn davon gesprochen wird, dass den Gemeinden erheblich mehr Mittel zur Verfügung stehen werden. Der prognostizierte Anstieg der Gewerbesteuer bzw. der Anstieg der selben im Jahr 2011. So können die Gemeinden in Baden-Württemberg im Jahr 2011 mit einem Anstieg von 35% der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr rechnen und auch in den kommenden Jahren soll sie im Schnitt noch einmal um durchschnittlich 3% zulegen.

Auch wir in der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen haben gegenüber dem Jahr 2010 einen Zuwachs zu verzeichnen, der mit ca. 51% noch über dem Landesdurchschnitt liegt und rund 1,6 Millionen Euro bei den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes für das Jahr 2011 ausmacht. Dies entspricht einer Mehreinnahme von ca. 200.000,00 € gegenüber dem Haushaltsansatz. Dennoch ist dieses für unsere Gemeinde einmalige Ergebnis auf Einmaleffekte durch Nachzahlungen zurückzuführen, die sich so mittelfristig wohl nicht wiederholen werden. Ein Anstieg wird es sicherlich nicht in der prognostizierten Höhe ergeben. Wir würden uns vielmehr darüber freuen, wenn wir mittelfristig 1,3 Millionen Euro jährlich vereinnahmen würden.

Wir sind zuversichtlich, dass uns dies auch im Hinblick auf die Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen im Gewinn „Hammelsäcker“ gelingen wird.

Nun, ich hoffe, dass ich Sie mit meinen Ausführungen in die Lage versetzt habe, eine eigene Beurteilung für die zukünftige Entwicklung der Finanzen der Gemeinde abzugeben. Noch ein Tipp! Wenn Sie sich die mittelfristige Finanzplanung ansehen, gehen wir unter der Annahme der Steuerschätzung davon aus, dass wir geringe

Zuführungen vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt haben werden. Bei einer Abschaffung der kalten Progression dürfen wir alle davon ausgehen, dass uns dies nicht gelingen wird.

Rückblick Haushaltsjahr 2011

Doch nun zum Haushalt für das Jahr 2012 oder besser zunächst ein kurzer Rückblick auf das laufende Haushaltsjahr und das von der Gemeindeverwaltung geschätzte Rechnungsergebnis zum 31.12.2011.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

eines kann man mit Sicherheit bereits heute sagen. Das Jahr 2011 wird besser als zum Zeitpunkt der Verabschiedung angenommen wurde. Dazu tragen nicht nur die oben erwähnten Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von 200.000,00 € bei, sondern auch ein mehr an den Einkommensteueranteilen von rund 260.000,00 €. Hinzu kommen Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen von ebenfalls rund 260.000,00 € und den anderen Einnahmegruppen im Einzelplan 9 von ca. 20.000,00 € bzw. Minderausgaben von rund 50.000,00 €.

Damit stehen der Rücklage zu Beginn des Haushaltsjahres 2012 noch ca. 2.7 Millionen Euro zur Verfügung und nicht wie im Haushaltsplan für das Jahr 2011 erwartet lediglich 654.000,00 €.

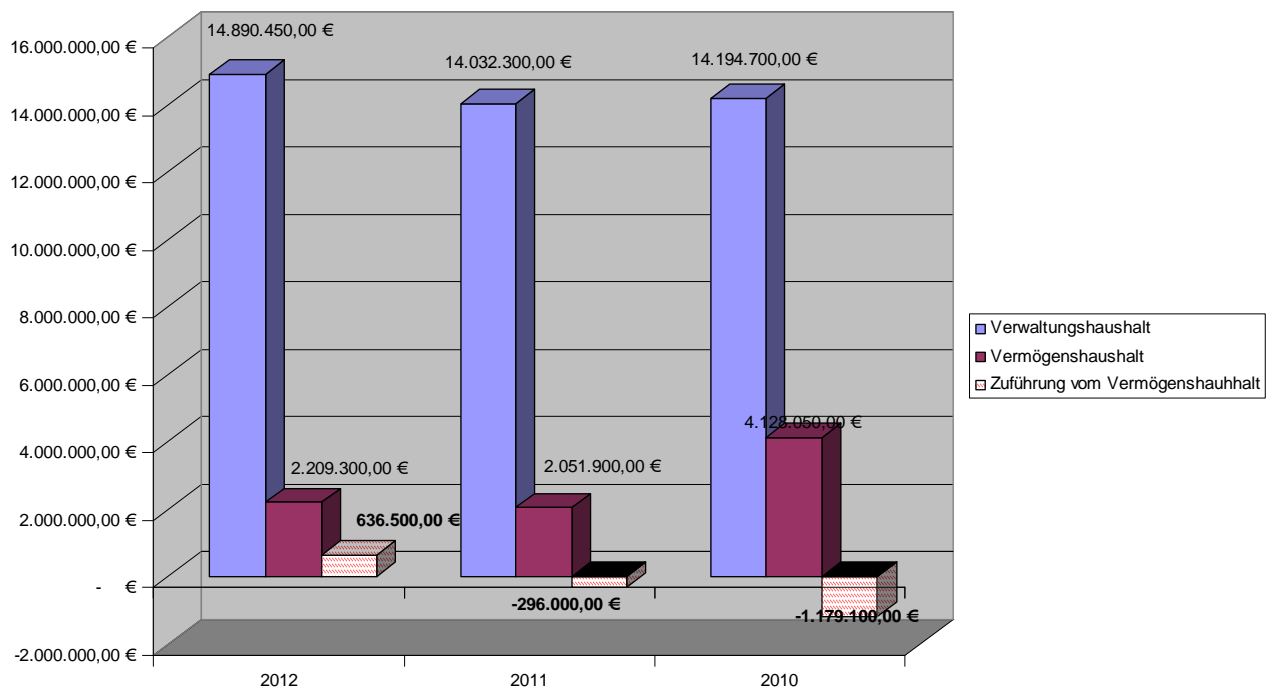
Gesamthaushaltsvolumen

Doch wie sieht er nun aus, der Haushalt für das Jahr 2012?

Der Entwurf der Gemeindeverwaltung schließt im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 14.890.450,00 €. Im Vermögenshaushalt sind es 2.209.300,00 €. Das Gesamthaushaltsvolumen beträgt: 17.099.750,00 €.

Verwaltungshaushalt

Der Verwaltungshaushalt steigt um 6,1 %, der Vermögenshaushalt um 7 %. Die Gesamtzahlen haben sich somit nicht wesentlich verändert. Positiv fällt auf, dass der Anstieg im Verwaltungshaushalt überwiegend auf mehr Einnahmen zurückzuführen ist. Dadurch ergibt sich auch nach Jahren der negativen Planzahlen wieder eine Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt, die immerhin ca. 636.000,00 € beträgt, d.h. unsere laufenden Einnahmen sind höher als die laufenden Ausgaben.



Ich möchte jedoch zur Vorsicht mahnen.

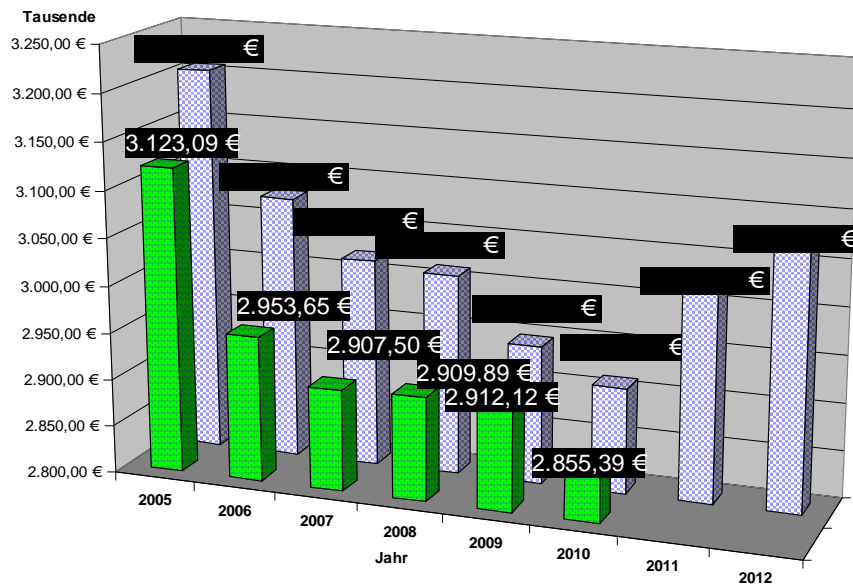
Den erstens haben wir als wir letztmalig eine positive Zuführungsrate im HH-Plan dargestellt haben mit einem Minus abgeschlossen und zweitens ist die Zuführungsrate noch weit davon entfernt, dass damit die notwendigen Investitionen im Vermögenshaushalt realisiert werden können. Dies gelingt nach wie vor nur durch die Veräußerung von Gemeindevermögen bzw. durch eine Entnahme aus den Rücklagen. Von einer Trendwende sind wir hier noch weit entfernt. Dass wir überhaupt noch Mittel in der Rücklage der Gemeinde haben, liegt jedoch nicht daran, dass wir in den zurückliegenden Jahren dort zusätzliche Mittel ansammeln konnten sondern nur daran, dass wir nicht so viel aus dieser entnehmen mussten, wie dies bei der Aufstellung der jeweiligen Haushaltspläne vorgesehen war.

Um die Ausgabenseite der Gemeinde besser verstehen zu können, hilft ein Blick in die jeweiligen Sammelnachweise, die gleiche Ausgabenstellen, die auf den gesamten Haushalt verteilt sind, zusammenfassen. Die wichtigsten hiervon sollen auch in diesem Jahr wieder vorgestellt werden.

Personalkosten

Bei den Personalkosten ist wieder ein geringer Anstieg um ca. 50.000,00 € gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Sie werden sich voraussichtlich auf 3.076.400,00 € summieren und betragen ca. 17,9 % aller Ausgaben im Haushalt. Dabei wurde von einer geringen Steigerung der Gehälter bei den Beschäftigten und bei den Beamten ausgegangen. Insgesamt sind derzeit bei der Gemeinde rund 55,5 Personen umgerechnet auf Vollzeitstellen beschäftigt.

Personalkostenvergleich

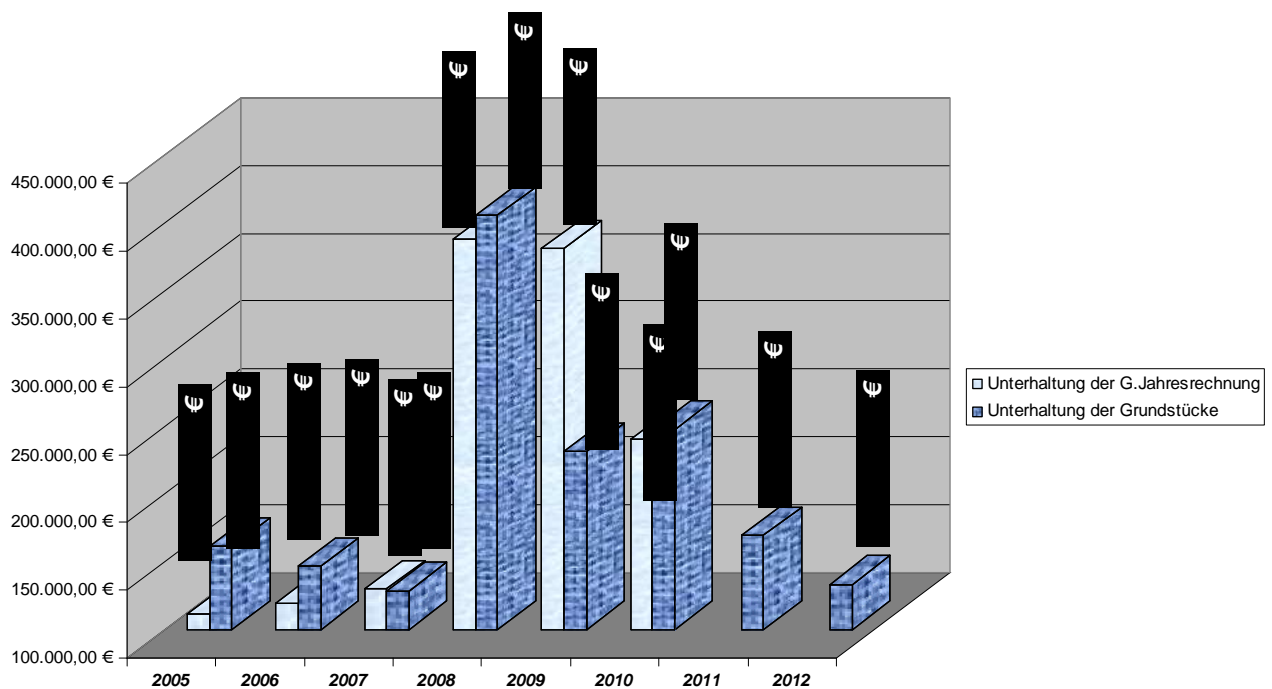


Im Ausblick auf das Jahr 2013 muss im Hinblick auf die beginnenden Altersteilzeit von 9 Mitarbeiter/innen mit einem stärkeren Anstieg als in den zurückliegenden Jahren gerechnet werden, so dass wir sicherlich wieder den Stand des HH- Ansatzes aus dem Jahr 2005 erreichen werden.

Unterhaltung der Grundstücke

Bei der Unterhaltung der Grundstücke, d.h. bei den Ausgaben für kleinere Sanierungsmaßnahmen an unseren Gebäuden, Einrichtungen und Straßen haben wir im Hinblick auf die Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren den Ansatz auf 133.500,00 € reduziert. Durch die Baumaßnahmen im Vermögenshaushalt werden wir auch im Jahre 2012 nur die dringend notwendigen Arbeiten bzw. Wartungen durchführen können. Die eingestellten Mittel sind dafür ausreichend und wir bewegen uns auf dem Niveau der Jahre 2005 – 2008.

Unterhaltung der Grundstücke

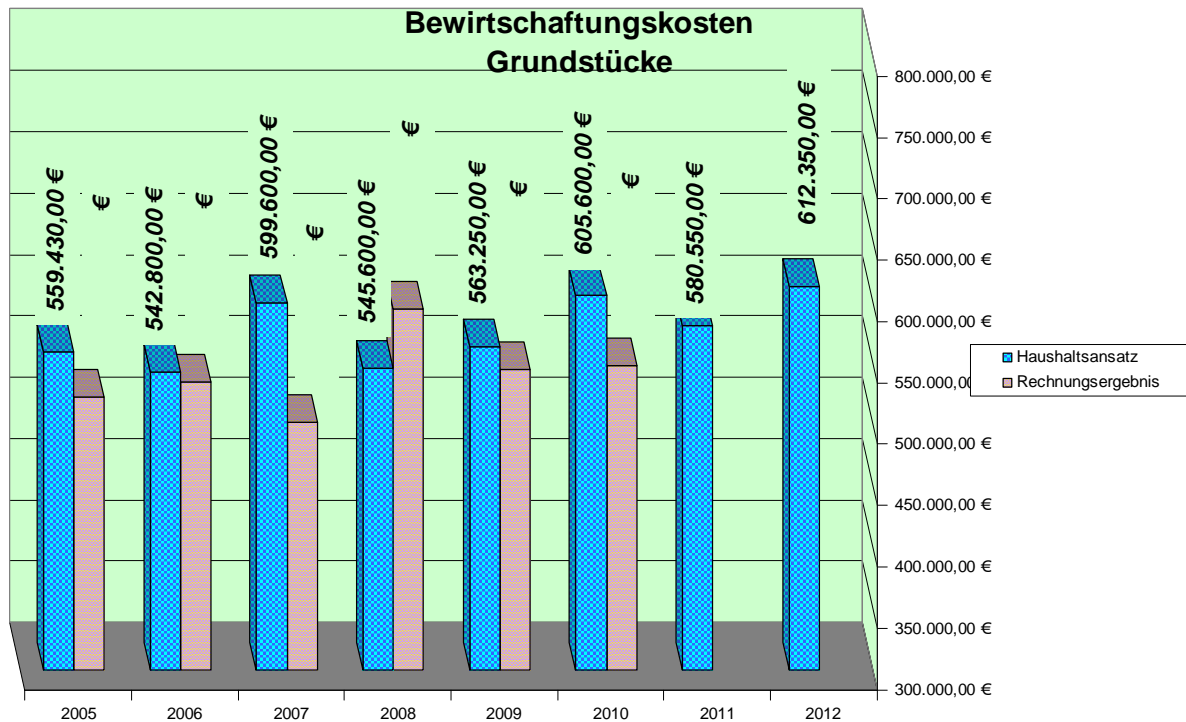


Bewirtschaftungskosten der Grundstücke

Hinter den Bewirtschaftungskosten für unsere Grundstücke verbergen sich die Ausgaben für Strom, Gas, Öl, Wasser, Abwasser etc.. Sie steigen auch im Jahr 2012 um einen nicht unerheblichen Betrag von rund 32.000,00 € gegenüber dem Vorjahr an. Hier besteht sicherlich noch ein gewisses Einsparpotential. So rechnet die Gemeindeverwaltung damit, dass sich der Energieverbrauch in der Sporthalle und im Schwimmbad nach Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen am Sporthallendach merklich verringern wird. Hier bestehen für die kommenden Jahre weitere Einsparungsmöglichkeiten durch Austausch der Heizungsanlage und Dämmung des Schulgebäudes.

Auch im Bereich der Straßenbeleuchtung kann in den kommenden Jahren durch die Umstellung auf LED-Leuchten Energie und Geld eingespart werden. Die Gemeindeverwaltung plant, dies im Rahmen der Vergabe der Unterhaltung der Straßenbeleuchtung anzugehen.

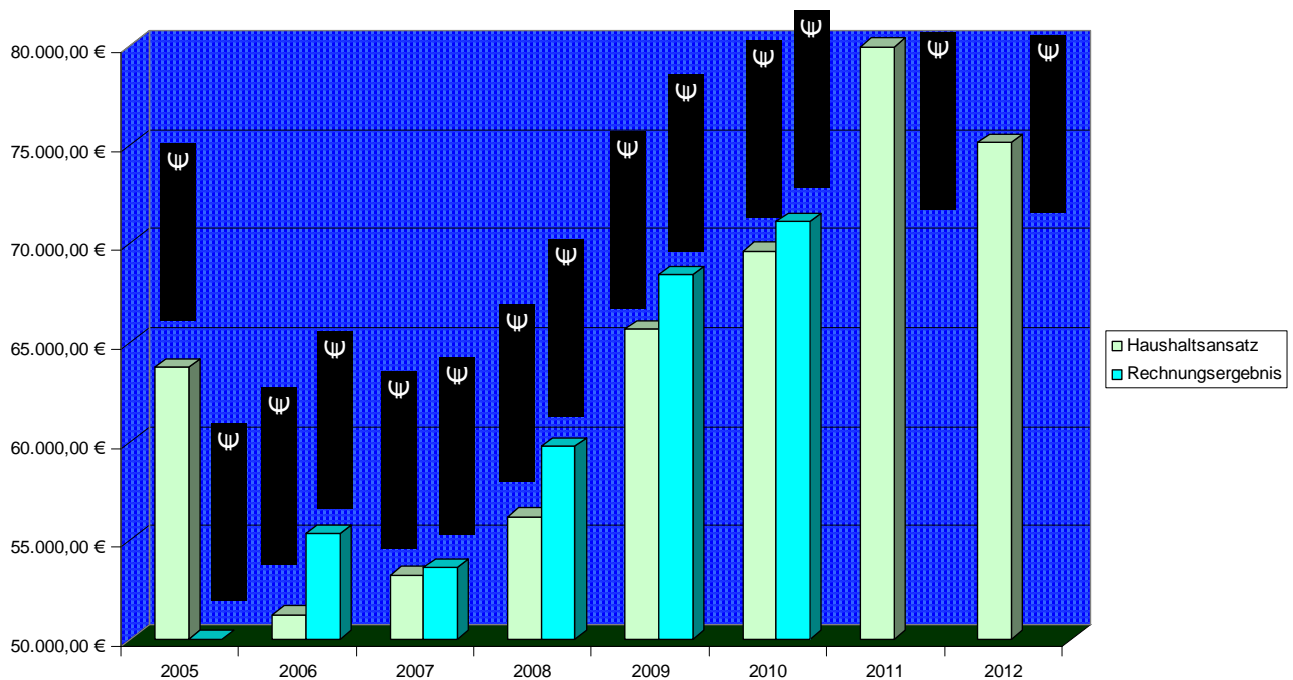
Die ständig steigenden Energiepreise mahnen uns jedoch auf diesen Bereich in den kommenden Jahren ein größeres Augenmerk zu richten.



Bürobedarf

Beim Bürobedarf haben wir einen Rückgang bei den Ausgaben um 13.000,00 € gegenüber dem Vorjahr. Ausschlaggebend dafür ist die geringere Anzahl an zu erwartenden Anträgen für Reisepässe und Personalausweise, was alleine einem Betrag von 11.000,00 € entspricht. Der Ansatz für die Kosten in diesem Bereich wird durch Abfrage der im kommenden Jahr auslaufenden Ausweisunterlagen ermittelt. Hier ist ein Rückgang bei den Personalausweisen von ca. 150 Anträgen zu erwarten. Die Kostensenkung führt im Gegenzug jedoch auch dazu, dass die Gebühreneinnahmen auf diesem Unterabschnitt des Haushaltes geringer als in den Vorjahren ausfallen.

Bürobedarf



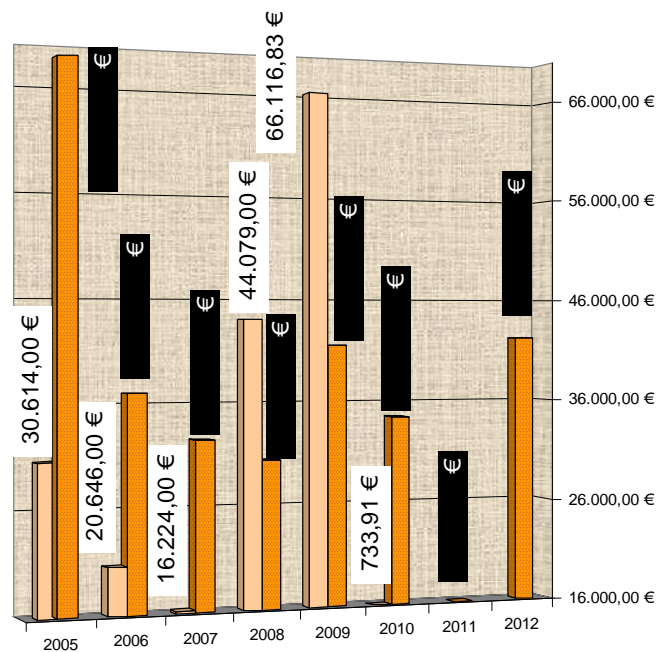
Sachverständigen und Gerichtskosten

Auch hier erwartet die Gemeindeverwaltung einen erheblichen Anstieg der Kosten um beinahe 40.000,00 €. Dies steht jedoch nicht im Zusammenhang mit einem möglichen Antrag der EnBW auf Genehmigung eines zentralen Zwischenlagers in Philippsburg.

Hinter dem Anstieg verbirgt sich die im Jahre 2012 zu erwartenden Finanz- und Bauprüfung durch die GPA: Turnusgemäß gehen wir davon aus, dass eine solche Prüfung im Jahre 2012 stattfindet.

Im Hinblick auf ein zentrales Zwischenlager in Philippsburg sollten wir uns alle bereits heute klar positionieren. Der Neubau eines solchen oder die Erweiterung der zulässigen Nutzung des bestehenden Gebäudes auf dem Gelände des Kernkraftwerkes wird von der Gemeindeverwaltung strikt abgelehnt. Die in der Vergangenheit getroffene Aufteilung der Risiken der Produktion und der Lagerung dürfen nicht zusammengelegt werden. Wir können es nicht zulassen, dass durch Gewerbetreibende in unseren Nachbargemeinden die Wohnqualität unserer Gemeinde zerstört wird. Die Gemeindeverwaltung ist bei Bedarf jederzeit bereit hier auch entsprechende rechtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen und entsprechende außer- oder überplanmäßige Mittel durch den Gemeinderat genehmigen zu lassen. Wir gehen dabei davon aus, dass alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sich auch bei noch so schwieriger Finanzlage anschließen werden.

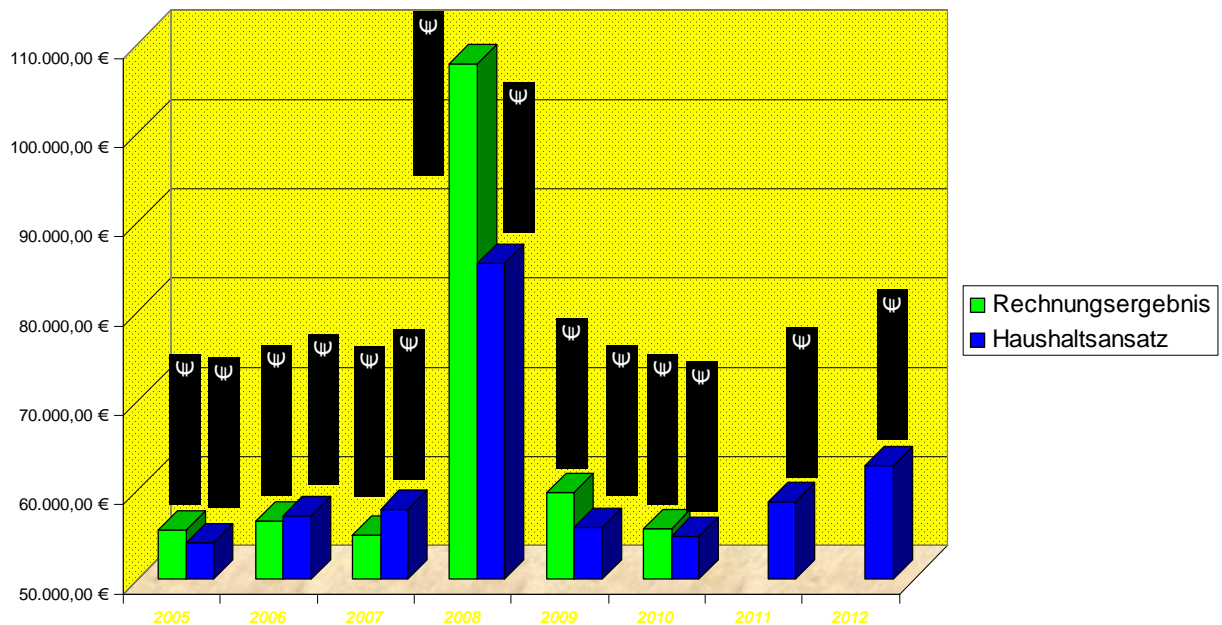
Sachverständigen und Gerichtskosten



Datenverarbeitung

Auch bei der Datenverarbeitung haben wir wieder einen Anstieg zu verzeichnen. Dies hängt zum einen mit den zusätzlichen Lizenzen für unser GIS zusammen zum anderen aber auch mit der Umstellung des EDV Programms im Bereich Personalwesen, die uns durch das Rechenzentrum vorgegeben wird. Wir hoffen, dass wir durch diese Umstellung auch bessere Auswertungsmöglichkeiten und eine einfachere Handhabung für die Mitarbeiter des Personalwesens erreichen.

Datenverarbeitung



Insgesamt belaufen sich die Ausgaben bei den Sammelnachweisen auf mehr als 4 Millionen Euro aller Ausgaben im Verwaltungshaushalt.

Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Oberhausen – Rheinhausen

Unter der Überschrift Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen möchte ich näher auf die Ausgaben im Gemeindehaushalt für diese Zielgruppe eingehen. Dabei sollen die Zahlen jedoch nicht hinterfragt werden, denn alle Aufwendungen die eine Kommune in diesem Bereich erbringt sind Investitionen für die Zukunft. Es ist jedoch für alle Verantwortlichen wichtig zu wissen, dass von Seiten des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten alles unternommen wird, um unseren Kindern eine optimale Förderung und Betreuung zukommen zu lassen. Wir wissen jedoch auch, dass das in unserem Bereich Machbare mit noch mehr finanziellen Mitteln noch umfassender gestaltet werden kann. Vor diesem Hintergrund sind die nun folgenden Zahlen zu sehen, die lediglich die laufenden Kosten für den Betrieb der Einrichtungen enthalten und keine Investitionen, die über den Vermögenshaushalt abgewickelt werden.

Im Bereich unserer Schulen belaufen sich die laufenden Ausgaben im Jahre 2012 auf 571.150,00 € oder ca. 1.832,00 € pro Schüler. Beinhaltet sind dabei die Kosten für den Erwerb von Lehr- und Lernmitteln, die Gebäudebewirtschaftungskosten, die Hausmeister sowie die der Gemeinde entstehenden Kosten für eine Nachmittagsbetreuung. Wir fördern damit die schulische Ausbildung von ca. 419 Schülerinnen und Schüler in der Gemeinde von der Grundschule bis zum Realschulabschluss.

1.775.300,00 € sind die Ausgaben der Gemeinde für 375 Kinder unserer Gemeinde vom ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Dies entspricht einer jährlichen Ausgabe von 4.734,00 € pro Kind, die wir in deren Förderung investieren. Durch den Rechtsanspruch der Eltern auf eine Betreuung ihrer Kinder ab vollendetem ersten Lebensjahr wird dieser Betrag noch weiter ansteigen. Hier stößt jedoch nicht nur die Gemeinde an ihre Grenzen sondern auch zwischenzeitlich die Eltern, da durch die gesetzlichen Vorgaben die Kosten für einen Betreuungsplatz überdurchschnittlich ansteigen.

Der Gemeinderat möchte sich diesbezüglich an seine Entscheidungen im Bereich der Kindergärten in den letzten Monaten erinnern. Die Anhebung des Betreuungsschlüssels in Zusammenhang mit der Einführung des Orientierungsplans oder der Ausweitung der Betreuungsmöglichkeiten. Nach den Vorgaben des Städte- und Gemeindetages sowie der beiden großen Kirchen in Deutschland sollen über die Elternbeiträge 20% der Ausgaben in diesem Bereich abgedeckt werden. Eine verbesserte Betreuung führt somit zwangsweise auch zu einer überdurchschnittlichen Anhebung der Elternbeiträge. Dies wird manchen bitter aufstoßen, wenn die neuen Gebühren für das Kindergartenjahr 2012 / 2013 festgelegt werden. Verschiedene Angebote werden dann deutlich an einen Betrag von 200,00 € pro Monat heranreichen bzw. diesen auch übersteigen. Ob dies wirklich das Ziel bei der Verbesserung des Betreuungsangebotes war? Vielleicht ist man bei den Vorgaben etwas über den Zweck hinausgeschossen, denn es zeigt sich nun auch, dass die Realisierung der Betreuung auch am fehlenden Fachpersonal scheitern wird. Man muss sich hierzu nur die aktuellen Stellenanzeigen in den Wochenendausgaben der BNN anschauen.

In Bezug auf die Grundschulkinderbetreuung wird der Gemeinderat noch in diesem Jahr über die Organisation für das Schuljahr 2012/2013 entscheiden. Die verschiedenen Möglichkeiten sind bekannt. Je nach Entscheidung des Gemeinderates können sich die Ansätze hierfür im Haushaltsplan noch ändern. Ich möchte hier jedoch noch einmal betonen, dass sich an der Betreuungszeit und der Qualität der Betreuung für die Kinder nichts negativ ändern wird.

Nicht unerwähnt soll hier bleiben, dass sich das Land Baden-Württemberg im Bereich der unter Dreijährigen stärker an den Kosten beteiligen wird, als dies im vorausgegangenen Jahr der Fall war. Zuzüglich des Zuschusses des Bundes steigt dadurch die Förderung um ca. 365.000,00 € gegenüber dem Vorjahr, wodurch sich das bei der Gemeinde verbleibende Defizit um ca. 250.000,00 € auf 913.000,00 € verringert.

Sonstige Entwicklungen in der Gemeinde

Seit einigen Jahren sind wir bestrebt, Neubauflächen im OT Oberhausen auszuweisen, um den vorhandenen Bedarf abdecken zu können. Es geht dabei nicht darum einen erwarteten Zuwachs der Bevölkerung zu erzielen sondern darum, Bauwilligen die Möglichkeit zu bieten, Baugelände in der Gemeinde zu erwerben. Die demografische Entwicklung macht auch bei unserer Gemeinde nicht halt. Nur wenn wir ein breit gefächertes Angebot an Bauflächen haben, wird es uns gelingen, längerfristig die derzeitige Einwohnerzahl zu halten. Hierzu gehören neben

bestehenden Immobilien, die zum Verkauf stehen, auch die Möglichkeit Neubauten zu errichten.

Leider sind die Gespräche mit den privaten Eigentümer/innen bisher nicht in allen Fällen erfolgreich gewesen, so dass eine privatrechtliche Erschließung nicht zustande gekommen ist. Sollte ein erfolgreicher Abschluss bis zu Beginn des kommenden Jahres nicht gelingen, so wird das Gremium eine Entscheidung darüber treffen müssen, ob man weiterhin an der Realisierung des Vorhabens festhält. Die Wege dafür sind bekannt, sie gehörten noch vor Jahren zu den regelmäßig angewandten. Aus Kosteneinsparungsgründen hat man diese verlassen, ob dies wirklich sinnvoll war hängt nun von den betroffenen Eigentümern ab. Ich bin noch guter Hoffnung, dass wir eine einvernehmliche Lösung für den weit überwiegenden Teil der Bevölkerung erzielen können. Wir sollten jedoch im kommenden Jahr einen Schritt weiter sein, als zum Ende des Jahres 2011.

Einige Worte sollten auch zum Gewerbegebiet „Hammelsäcker“ gesagt werden. Die Erschließungsanlage ist im Wesentlichen fertig gestellt und eine Abnahme kann vielleicht in diesem Jahr noch erfolgen. Die ersten Baumaßnahmen wurden begonnen und weitere Planungen sind am laufen. Wir wünschen uns, dass in diesem Gebiet zahlreiche Arbeitsplätze für unsere Bürgerinnen und Bürger und der der Nachbargemeinden entstehen. Die ersten Ansätze waren positiv. Ich hoffe, dass sich dies in den kommenden Jahren fortsetzen wird, so dass die Grundstücke mittelfristig von attraktiven Unternehmen genutzt werden.

Vermögenshaushalt

Kommen wir nun zum Vermögenshaushalt, der die Investitionen für das Jahr 2012 enthält. Mit einem Volumen von 2.209.300,00 € liegt er in der Größenordnung des zurückliegenden Jahres.

Ausgaben Vermögenshaushalt

Was die größten Ausgabepositionen betrifft, so unterscheidet er sich ebenfalls nicht wesentlich von seinen Vorgängern. So sind für die Sanierung der Werkrealschule weitere 520.000,00 € vorgesehen. Ursprünglich wollten wir im Jahre 2012 die Innensanierung der Schule vollständig abschließen. Aus personellen, wirtschaftlichen und schulpolitischen Gründen haben wir jedoch die Erneuerung der naturwissenschaftlichen Räumlichkeiten verschoben. Neben dem fehlenden zeitlichen Rahmen, die Sanierungen müssen im Wesentlichen in den Sommerferien durchgeführt werden, haben uns auch schulpolitische Erwägungen dazu bewogen, die Maßnahme zu verschieben.

Wie bekannt ist, hat die Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen als erste Schule im Landkreis Karlsruhe einen Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gestellt. Die Konzeption sah den gemeinsamen Unterricht von Hauptschülern und Realschülern vor. Zwischenzeitlich hat die Landesregierung jedoch festgelegt, dass Gemeinschaftsschulen den gesamten Sekundarbereich des Schulsystems anbieten müssen. Nach Abschluss der 10. Klasse soll dann der Übergang in ein allgemein bildendes Gymnasium möglich sein. Wir haben zwischenzeitlich unsere Konzeption dahin gehend ergänzt. Welche Anforderungen nunmehr an die Fachräume gestellt werden und ob diese abweichend von den bisherigen Vorgaben sind, kann derzeit

noch nicht abschließend beantwortet werden. Wir haben deshalb die Sanierung verschoben, um uns hier Klarheit zu verschaffen.

Ob unser Antrag bereits für das Schuljahr 2012/2013 vom Ministerium positiv beschieden wird, ist noch nicht entschieden. Seitens der Verwaltung werden wir aber am Ball bleiben, denn die Gemeinschaftsschule ist nach Abschaffung der Grundschulempfehlung eine der wenigen Möglichkeiten, um den Schulstandort Oberhausen-Rheinhausen im Hinblick auf weiterführende Schulen dauerhaft zu erhalten.

Die größte Einzelausgabeposition im Vermögenshaushalt ist jedoch die Sanierung der Schulsporthalle mit 786.500,00 €. Die Beschlüsse für die Durchführung der Maßnahme wurden vom Gemeinderat bereits im März 2010 gefasst. Aus den bekannten Gründen konnte die Sanierung jedoch noch nicht realisiert werden. Entgegen der bisherigen Annahme benötigen wir für die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und der Bauüberwachung auch ein Ingenieurbüro, so dass sich die Kosten um ca. 70.000,00 € erhöhen werden. In einem nächsten Schritt ist dann die Sanierung des Innenbereichs der Halle vorgesehen, so dass an dieses Gebäude auch in den kommenden Jahren erhebliche Mittel gebunden sein werden.

Für die Sanierung des Kindergartens St. Franziskus wurde ein Betrag von 500.000,00 € eingestellt. Seitens des Bauamtes des Ordinariats wurde uns versichert, dass dieser Betrag für eine fachgerechte Durchführung der Arbeiten ausreichend sei. Wir hoffen, dass sich dies in den kommenden Wochen bestätigen wird.

Diese drei Baumaßnahmen decken bereits rund 1,8 Millionen aller Ausgaben im Vermögenshaushalt ab. 80.000,00 € investieren wir in die Erneuerung des Geräteparks des Bauhofs mit der Neubeschaffung eines Traktors sowie eines Mähwerks.

Saniert werden sollen auch die Rolltore beim Feuerwehrgerätehaus in Rheinhausen. Hierfür sind 35.000,00 € vorgesehen.

Ohne EDV und Computer läuft in einer Verwaltung nur wenig. Nachdem unsere Serverlandschaft in die Jahre gekommen ist, müssen für einen sicheren Betrieb die Geräte ausgetauscht werden. Dabei soll, um Kosten einzusparen und eine höhere Sicherheit der Verfügbarkeit zu erlangen eine Virtualisierung erfolgen. Insgesamt ist die Maßnahme mit 25.000,00 € veranschlagt.

Einnahmen Vermögenshaushalt

Finanziert werden die Ausgaben durch eine Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von 912.700,00 €, der Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt mit 636.500,00 € und Verkaufserlösen in Höhe von 388.000,00 €. Als Restzuschuss für den Bau des Kreisverkehrs erwarten wir vom Land noch eine Zahlung in Höhe von 160.000,00 €.

Erwähnt werden soll auch die vom Eigenbetrieb Abwasser erwartete Zahlung in Höhe von 109.200,00 € für ein von der Gemeinde gewährtes Darlehen. Hierauf machen wir besonders aufmerksam, da bei einer Umschuldung der gewährten Darlehen zur Finanzierung von Maßnahmen im Gemeindehaushalt diese Zahlung sowie die Zinseinnahmen in Höhe von 147.500,00 € wegfallen werden. Der Gemeindehaushalt würde somit auf einen Schlag Einnahmen von ca. 257.000,00 € verlieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

der Haushalt für das Jahr 2012 ist nicht berauschend, was auch so nicht zu erwarten war. Er hat jedoch nach wie vor Möglichkeiten zur positiven Gestaltung über die wir uns freuen können, wobei ein Mehr immer gerne gewünscht würde.

Die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde spielen sich jedoch nicht nur im Bereich des Gemeindehaushalts ab. Neben dem Kernhaushalt verfügt die Gemeinde zwischenzeitlich über drei Eigenbetriebe für Wasser, Abwasser und Photovoltaik. Deren Haushalte sollen nun kurz vorgestellt werden.

Eigenbetrieb Wasser

Der Eigenbetrieb Wasser schließt ab mit Einnahmen und Ausgaben von je 1.557.000,00 €. Davon entfallen auf den Erfolgsplan 675.000,00 € und auf den Vermögensplan 882.000,00 €. Für das Jahr 2012 ist eine Kreditaufnahme von 710.000,00 € zur Realisierung der investiven Maßnahmen vorgesehen. Der Schuldenstand wird sich zum 31.12.2012 auf 1.765.048,00 € belaufen.

Auffallend bei der vorgestellten Planung ist, dass die Ausgaben im investiven Bereich über den laufenden Kosten liegen. Dies hängt mit der Herstellung zahlreicher Ringleitungen zusammen, um das Problem mit der hohen Eisenbelastung unseres Wassers in den Griff zu bekommen.

Eigenbetrieb Abwasser

Der Eigenbetrieb Abwasser schließt ab mit Einnahmen und Ausgaben von 1.587.500,00 €. Der Erfolgsplan hat ein Volumen von 1.041.500,00 € und im Vermögensplan mit 546.000,00 €. Als neue Kreditaufnahme ist ein Betrag von 168.000,00 € vorgesehen. Die Gesamtverschuldung des Eigenbetriebes zum 31.12.2012 beläuft sich auf 5.327.121,73 €, wobei 3.306.860,23 € Darlehen der Gemeinde sind, die dieser für Investitionen zur Verfügung stehen. Im investiven Bereich ist für das Jahr 2012 lediglich die Fertigstellung der bereits begonnenen Maßnahmen aus dem GEP vorgesehen. In Bezug auf die weitere Umsetzung der Maßnahmen aus dem Generalentwässerungsplan soll eine Pause eingelegt werden, um die Gebühren im Bereich Abwasser nicht zu sehr ansteigen zu lassen.

Eigenbetrieb Photovoltaik

Unser jüngstes Kind im Bereich der Eigenbetriebe ist der Eigenbetrieb Photovoltaik, der mit Beginn des neuen Jahres an den Start gehen soll. Dessen Wirtschaftsplan schließt ab mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils 272.700,00 €. Davon entfallen auf den Erfolgsplan 16.600,00 € und auf den Vermögensplan 256.100,00 €. Geplant ist der Erwerb einer eigenen Solaranlage sowie der Ankauf der Solaranlage der Gemeinde auf dem Dach der Werkrealschule. Hierfür ist die Aufnahme eines Darlehens von 250.000,00 € vorgesehen.

Wir bitten den Gemeinderat um Verständnis dafür, dass die im Wirtschaftsplan enthaltenen Zahlen nur Annäherungswerte sein können, die auf der Grundlage des Angebots eines Anbieters zum Juli des Jahres 2011 ermittelt wurden. Mittlerweile liegen auch die Zahlen für die neue Einspeisevergütung vor. Wir haben dennoch die Einnahmeansätze nicht reduziert, da wir auch keine neuen Angaben zum Kaufpreis der Anlage haben. In den zurückliegenden Jahren war es jedoch immer so, dass mit sinkender Einspeisevergütung auch die Kaufpreise der Anlagen gesunken sind. Sobald wir hier neuere Informationen haben, werden wir den Gemeinderat davon unterrichten. Nachdem die Maßnahme voraussichtlich jedoch erst im zweiten Halbjahr realisiert werden kann, da zunächst das Hallen- und Foyerdach saniert werden müssen, ist hier noch etwas Geduld gefragt.

Ich bin nunmehr am Ende meiner Ausführungen angelangt. Regelmäßig gibt es nun ein abschließendes Zitat, das auf den Haushalt und die wirtschaftliche Entwicklung Bezug nehmen soll. Darauf möchte ich in diesem Jahr verzichten und Ihnen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie uns angenehme Beratungen in der Sitzung der gemeinsamen Ausschüsse wünschen, zum Wohl der hier lebenden Menschen. Bedanken möchte ich mich bei Ihnen für Ihr im zurück liegenden Jahr gezeigtes Engagement sowie bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne deren Einsatz über das übliche Maß hinaus, die Realisierung vieler Maßnahmen nicht möglich wäre.

Vielen Dank!

Bürgermeister Büchner lässt die Fraktionen nach seiner Haushaltsrede ohne Stellungnahmen über den nachstehenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat verweist einstimmig die Haushaltsplan- und Wirtschaftsplanentwürfe 2012 ohne Aussprache zur gemeinsamen Vorberatung an die Ausschüsse des Gemeinderates am 24.11.2011/25.11.2011.

Protokoll zur Sitzungsvorlage der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen		
Gremium: Gemeinderat		Sitzungstag: 21.11.2011
TOP Nr.: 3	öffentlich	DS-Nr. GR104/2011
Fachamt: Büro des Bürgermeisters		zur Beschlussfassung
Wahl des/der Ortsvorsteherstellvertreters/Ortsvorsteherstellvertreterin gemäß § 71 Abs. 1 Satz 1 GemO für die Ortschaft Rheinhausen		

Beratung:

Bürgermeister Büchner geht auf den Sachverhalt ein und merkt an, dass mit Schreiben vom 05. Oktober 2011 Frau Marion Pietsch ihr Ausscheiden aus dem Ortschaftsrat beantragt hat. Frau Marion Pietsch begleitet ebenfalls das Amt der stellvertretenden Ortsvorsteherin für die Ortschaft Rheinhausen. Auf Grund ihres bevorstehenden Ausscheidens aus dem Ortschaftsrat hat der Gemeinderat gemäß § 71 Abs. 1 Satz 1 GemO eine/n neue/n Ortsvorsteherstellvertreter/in auf Vorschlag des Ortschaftsrats, aus der Mitte des Ortschaftsrats, zu wählen.

Der Ortschaftsrat hat sich in seiner Ortschaftsratssitzung am 15. November 2011 mit dem Antrag auf Ausscheiden von Frau Marion Pietsch befasst und über die Nachfolge der Stellvertretung des Ortsvorstehers beraten. Der Ortschaftsrat schlägt Herrn Karl Riegel (FÖDL) als stellvertretenden Ortsvorsteher für die Ortschaft Rheinhausen vor.

Bürgermeister Büchner lässt eine geheime Wahl durchführen. Das Ergebnis ist im Beschluss eingearbeitet.

Beschluss:

Der Gemeinderat wählt Herrn Karl Riegel mit 13 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen zum Ortsvorsteher-Stellvertreter der Ortschaft Rheinhausen.

Protokoll zur Sitzungsvorlage der Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen		
Gremium: Gemeinderat		Sitzungstag: 21.11.2011
TOP Nr.: 4	öffentlich	DS-Nr. GR105/2011
Fachamt: Büro des Bürgermeisters		zur Beschlussfassung
Entwicklungsplanung der Fläche Weiherweg 35, Flst-Nr. 1309/17, OT Oberhausen; Anfrage von Frau Kistner zur Bebauung einer Teilfläche des Grundstücks Flst-Nr. 1309/17 mit einer Fläche von 9.676 m ²		

Beratung:

Bürgermeister Büchner erläutert ausführlich den Sachverhalt und merkt an, dass sich der Gemeinderat mit den städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten des Grundstücks der Familie Kistner bereits mehrfach in seinen Sitzungen befasst hat. So wurde am 30.03.2009, TOP Nr. 2, DS-Nr. GR30/2009, am 17.12.2007, TOP Nr. 4, DS-Nr. GR/151/2007, am 22.10.2007, TOP Nr. 3, DS-Nr. GR121/2007 sowie am 26.07.2010, Top Nr. 1, DS-Nr. GR90/2010 über die grundsätzliche Bebaubarkeit beraten und vorgestellten Planungen für das Gesamtgrundstück grundsätzlich zugestimmt. Auf diese Sitzungsvorlagen wird hier nochmals verwiesen. Die bisherige Vermarktung des Gesamtgrundstücks durch einen Bauträger in einem Zug ließ sich jedoch nicht realisieren. Nach Auffassung der Eigentümerin ist dabei auch die bisherige kleingliedrige Aufteilung des Grundstücks mit ein Grund dafür, dass eine Bebauung nicht stattgefunden hat. Die nunmehr vorliegende Planung sieht daher die Ausweisung wesentlich größerer Grundstücke vor. In einem 1. Abschnitt soll jedoch nur ein Teil des gesamten Grundstücks mit Wohnbebauung erschlossen werden. Die bestehende Halle im vorderen Teil der Grundstücksfläche bliebe zunächst erhalten. Insgesamt sind vier Bauplätze mit einer Größe von jeweils ca. 950 m² vorgesehen. Diese sollen mit Ein- oder Zweifamilienhäusern bebaut werden. Die Zufahrt erfolgt über die Straße „Zum Mähbruch“, die dafür ausgebaut werden soll. Für die innere Erschließung ist eine weitere Straße vorgesehen.

Eine grobe Skizze der Planung ist nachstehend dargestellt.



Die rote Fläche stellt die Gesamtfläche der Änderung dar, die blaue Linie die Baulinie in Grundstücken.

Weiter merkt **Bürgermeister Büchner** an, dass die nunmehr vorliegende Planung die Ausweisung wesentlich größerer Bauplätze vorsieht. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, da dadurch die Bebauungsdichte geringer wird und sich besser an die umgebende Bebauung anpasst. Die Realisierung kann jedoch nur durch eine Änderung des Bebauungsplans sowie einen städtebaulichen Vertrag erfolgen, indem die Verpflichtung zum Ausbau des Zufahrtswegs „Zum Mährbruch“ sowie zur Errichtung der Erschließungsstraße und der notwendigen Wasser- und Abwasseranschlüsse sowie aller weiteren erforderlichen sonstigen Anschlüsse geregelt wird. Dies müsste durch den Grundstückseigentümer erfolgen.

Nach seinen Ausführungen bittet **Bürgermeister Büchner** die Fraktionen um deren Stellungnahmen.

Gemeinderätin Lindemann (CDU) und die Fraktion der CDU können die Änderung der Bebauung begrüßen und stimmen dem vorgelegten Beschlussvorschlag zu.

Gemeinderat Börzel (FÖDL) und die Fraktion der FÖDL werden sich bei der heutigen Abstimmung enthalten.

Gemeinderat Horn (SPD) kann grundsätzlich die Zustimmung seiner Fraktion zum Beschlussvorschlag erteilen. Er wünscht sich jedoch noch konkretere Informationen zu der zukünftigen Planung.

Gemeinderat Hoffmann (FW) kann abschließend die Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag erteilen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die vorliegende Planung zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Gemeindeverwaltung beim Vorliegen erster Interessenten eine Bebauungsplanänderung einzuleiten. Vor Satzungsbeschluss ist mit der Grundstückseigentümerin ein städtebaulicher Vertrag über den Ausbau der Straße „Zum Mähbruch“ sowie zur Errichtung der Erschließungsstraße und der notwendigen Wasser- und Abwasseranschlüsse sowie aller erforderlichen sonstigen Anschlussleitungen und Erschließungsmaßnahmen (z.B. Straßenbeleuchtung) zu schließen.

➤ 17 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen

Bekanntgaben

Bürgermeister Büchner informiert den Gemeinderat darüber, dass er bei der anstehenden Infoveranstaltung mit den Eltern am 23.11.2011 zur Betreuung der Grundschul Kinder die Präsentation der Sitzung vom 21.11.2011 vorführen möchte und hier noch ein zwei Punkte, die ihm nach der Sitzung des Gemeinderates am 16.11.2011 aufgefallen sind, anführen möchte. Zum einen hat er nochmals untersucht wie die Kinderanzahl in den kommenden Jahren und die Entwicklung in Rheinhausen sein wird. Durch die Untersuchung stellte sich heraus, dass im Jahr 2011 bis zum 17. November 2011 lediglich 11 Kinder in Rheinhausen von insgesamt 44 in Oberhausen-Rheinhausen geboren wurden. Ebenfalls hat man die Jahrgänge des weiblichen Geschlechts in Rheinhausen untersucht, die möglicherweise in den kommenden Jahren Kinder bekommen könnten. Wenn man die durchschnittliche Zahl von 17 weiblichen Personen mit der durchschnittlichen Geburtenrate von 1,2 multipliziert, kommt man durchschnittlich auf 21 Geburten in Rheinhausen pro Jahr. Des weiteren merkt er an, dass man sich von Seiten der Verwaltung, sofern die derzeit bestehenden Räumlichkeiten nicht ausreichen um den Bedarf abzudecken, eine Einrichtung von mobilen Einheiten vorstellen könnte.

Bürgermeister Büchner merkt an, dass der Gemeinderat im Rahmen einer Umlaufsitzung über überplanmäßige Ausgaben in drei Angelegenheiten zu entscheiden hat. Hierbei handelt es sich um die Sanierung des Schulsportplatzes Rheinhausen, hinter der Tullahalle. Desweiteren geht es zum einen um überplanmäßige Ausgaben im Bereich der Fahrzeugunterhaltung und zum anderen um überplanmäßige Ausgaben im Bereich der Straßenbeleuchtung.

Hinweis:

Die Audio-Aufnahmen der Sitzung sind Bestandteil des Protokolls.

Der Protokollführer:

Der Bürgermeister:

Der Gemeinderat: